

Der Billionen-Kanzler

Neue Bundesregierung: Sein Amt erkaufte sich Friedrich Merz durch teure Zugeständnisse an SPD und Grüne

URT ZACH

Friedrich Merz bricht alle Rekorde. Schneller als er ist noch kein Wahlsieger umgefallen und hat seine Versprechen an die Wähler gebrochen. Und das nicht etwa kleinlaut und mit Schamfrist, sondern stante pede und mit einem Paukenschlag: Eine Billion Euro an neuen Staatsschulden will der Nicht-Kanzler den Deutschen zusätzlich aufladen, nachdem er im Wahlkampf bis zum letzten Tag teuert hatte, an der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse nicht rütteln zu wollen.

Diese größte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wollen Union und SPD mit einem nicht minder rekordverdächtigen Verfahren durchpeitschen, das halbschamlos die Grenzen der demokratischen Legitimität überschreitet. Denn beide Bestandteile des schwarzen Billionen-Pakets – die Aufhebung der Schuldenbremse für zusätzliche Verteidigungsausgaben in letztlich unbegrenzter Höhe und die Errichtung einer euphemistisch als „Sondervermögen“ deklarierten 500-Milliarden-Schuldenermächtigung für „Infrastruktur“-Ausgaben an der regulären Haushaltsführung vorbei – bedürfen einer Zweidrittelmehrheit zur Änderung des Grundgesetzes.

Im neugewählten Bundestag wäre diese verfassungsändernde Mehrheit schwierig aufzutreiben: Die doppelt so stark gewordene AfD-Fraktion hält auch nach der Wahl an der Schuldenbremse fest, die ED-PDS-Linke will von höheren Verteidigungsausgaben nichts wissen. Statt die vom Wählerwillen erschaffenen neuen Realitäten zu akzeptieren, wollen Union und SPD den finanzpolitischen Status quo beibehalten: In zwei Sondersitzungen soll der Bundestag

noch in alter Zusammensetzung den Schulden-Tsunami im Hauruckverfahren beschließen.

Klarer kann die Verachtung des Wählerwillens und die offene Mißachtung der Legitimität parlamentarischer Entscheidungen kaum zum Ausdruck gebracht werden. Denn natürlich ist die angebliche Eilbedürftigkeit des Schuldenbeschlusses nur dürftig vorgeschoben. Es geht einzig darum, den neugewählten Bundestag zu übertölpeln und vorsorglich haushaltspolitisch zu entmündigen.

Die Folgen sind für Deutschland und für ganz Europa gravierend. Die Staatsverschuldung wächst durch diesen Coup von rund 65 auf 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Zinslast für künftige Bundeshaushalte schnürt die Spielräume weiter ein. Die Inflation steigt und treibt die Verarmung der Bürger noch schneller an. Die schwarz-roten Schuldenbarone spielen darüber hinaus mit der Kreditwürdigkeit des Landes.

Verliert Deutschland seine Top-Bonität an den Finanzmärkten, dann wackelt das ganze Euro-Kartenhaus, das in letzter Konsequenz darauf gegründet ist, daß Deutschland schon für alles geradestehen werde. Reißen in der Folge auch die übrigen Euro-Staaten wieder die Schulden Schleusen noch weiter auf, dann ist die nächste europäische Banken- und Staatsschuldenkrise nur noch eine Frage der Zeit, und selbst die Möglichkeit eines Währungszusammenbruchs rückt in greifbare Nähe.

Und das alles, weil Friedrich Merz und die Union sich an das links-grüne Dogma der „Brandmauer“ gekettet haben, das sie darauf festlegt, nur mit linken und noch linken Parteien koalieren zu können und sich deren Begehlichkeiten und Forderungen

hilflos anzuliefern. Mit dem Ergebnis, daß Friedrich Merz, um mit den Sozialdemokraten regieren zu können, erst einmal eine schwarz-rot-grüne Koalition mit den Wahlverlierern der Rest-Ampel zusammenbringen muß.

Die lassen es sich teuer bezahlen, daß sie dem verzweifelt bettelnden Friedrich Merz den Weg ins ersehnte Kanzleramt ebnen. Es wird, sollte sie denn überhaupt zustande kommen, eine Kanzlerschaft ohne Saft und Kraft und Gestaltungsmacht werden. Denn nahezu alles, was Merz unter dem hochtrabenden Schlagwort „Politikwechsel“ versprochen hat und wofür er auch gewählt worden ist, hat er schon geopfert oder wird es in den nächsten Tagen noch auf den Altar legen müssen.

Daß der deutsche Staat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat, daß mithin zuerst überflüssige Ausgaben aus dem Haushalt gestrichen werden müssen, um angesichts von Rekord-Steuereinnahmen ausreichend finanzielle Spielräume zur Erfüllung der Kernaufgaben zu gewinnen, war im Wahlkampf auch von der Union allenthalben zu hören. Die Aussage bleibt richtig. Nur die Umsetzung ist mit den politischen Partnern, auf die Merz und die Union sich festgelegt haben, partout nicht möglich.

Die Zustimmung zur Schleifung der Schuldenbremse war nur der Anfang. Das „Sondierungspapier“, das die Spitzen von Union und SPD am vergangenen Wochenende vorgestellt haben, ist bei genauerem Hinsehen eine Kapitulationserklärung auf elf Seiten und 400 Zeilen.

Die Migrationswende, das zweite große Wahlversprechen des Friedrich Merz, wird voraussichtlich

ebenfalls nicht stattfinden. Zwar stehen im Sondierungsergebnis eine Reihe wohlklingender Sätze und Bekenntnisse, die aber mit so vielen Einschränkungen und Ausflüchten versehen sind, daß faktisch kaum etwas daraus werden kann. SPD-Mann Boris Pistorius spricht es so laut aus, daß es auch Merz höhnisch in den Ohren klingeln muß: was davon im Papier übriggeblieben sei, das seien „Placebos“, die „null Wirkung“ haben werden.

Was SPD und Union sonst noch so „sondieren“ haben, trägt die Handschrift der Sozialdemokraten: Tariftreuegesetz und Mietpreislösung bedeuten mehr Bürokratie, der höhere Mindestlohn wird viele kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe strangulieren, Industriestrompreis und E-Auto-Förderung verheißen weitere Subventionsorgien.

An „Klimazielen“, Verbrenner-Aus und Heizungsgesetz wird im Kern nicht gerüttelt. Die Ampel-„Reform“ des Staatsbürgerschaftsrechts bleibt und mit ihr die Turbo-Transformation des Staatsvolks. Auch der „Digital Services Act“ der EU soll „konsequent umgesetzt“, spricht: als Kampfinstrument gegen die Meinungsfreiheit genutzt werden.

Schwer auszumalen, was Merz den Grünen noch für ihre Zustimmung anbieten soll, nachdem er der Sozialdemokraten schon fast alle Wünsche erfüllt hat und selbst betont, „fast alles“, was im Sondierungspapier stehe, sei „von den Grünen schon einmal vorgetragen“ worden. Wahrscheinlich läuft es auf noch mehr „Klimaschutz“-Milliarden hinaus.

Es ist ein würdeloses Schauspiel, wie Friedrich Merz versucht, durch Wortbruch und Selbsterniedrigung ins Amt zu gelangen. Seine Kanzlerschaft wird Episode bleiben, die den überfälligen Politikwechsel unnötig hinauszögert und noch schwere und härtere macht. Vernichtend, daß er für seinen Kurs nun das Lob seiner Intimfeindin Angela Merkel erhält.

Es wird, sollte sie denn zustande kommen, eine Kanzlerschaft ohne Saft und Kraft und Gestaltungsmacht werden.